»Der Staat setzt sich selbst Schachmatt«

Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage „Befristete Beschäftigung im öffentlichen Dienst" (BT-Drs. 18/7342) von Jutta Krellmann u.a. und der Fraktion DIE LINKE. im Bundestag

Zusammenfassung:

Der demografische Wandel im öffentlichen Dienst ist im vollen Gang. Obwohl ein Großteil der Beschäftigten bald in Rente geht, verhält sich der Staat kontraproduktiv und befristet systematisch den Nachwuchs. Mehr als eine halbe Million Menschen (545.000) werden im öffentlichen Dienst nur befristet angestellt. Dies entspricht einer Quote von 10 Prozent.

Der Anteil der sachgrundlos befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst hat sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. 2004 gab es bei 17,5 Prozent der befristet Beschäftigten keinen sachlichen Grund für die Befristung, im Jahr 2013 bei 35,7 Prozent. In absoluten Zahlen kam es in diesem Zeitraum zu einer Verdreifachung: von 46.000 auf 150.000 sachgrundlos befristete Beschäftigte.

Im öffentlichen Dienst werden bis zum Jahr 2020 17,7 Prozent der jetzigen Beschäftigten in Rente gehen, im Jahr 2030 werden im Vergleich zu heute sogar fast die Hälfte (48,7 Prozent) der derzeit Beschäftigten ausgeschieden sein. Trotzdem erfolgt nahezu jede zweite Neueinstellung im öffentlichen Dienst befristet: Der Anteil der befristeten Neueinstellungen lag 2014 im öffentlichen Dienst bei 48,6 Prozent, in der Privatwirtschaft im gleichen Jahr bei 31 Prozent. Die Hälfte (49,9 Prozent) der befristet Beschäftigten im öffentlichen Dienst 2014 war 25 bis 34 Jahre alt, über ein Zehntel (11,3 Prozent) unter 25 Jahre.

Zusätzlich hat sich die Befristungsdauer der 25- bis 34-jährigen von 31,1 (2004) auf 35 Monate erhöht (2014): Damit sind diese Beschäftigten im öffentlichen Dienst fast drei Jahre im Durchschnitt befristet und liegen damit fast 2 Jahre über der Befristungsdauer in der Privatwirtschaft. Die Befristungsdauer im öffentlichen Dienst steigt insgesamt: Von durchschnittlich 34,4 Monaten in 2004 auf 38,2 Monate in 2014. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der Privatwirtschaft liegt somit 1,5 Jahre unter der im öffentlichen Dienst. Beschäftigte, die 45 Jahre oder älter sind, haben die längsten Befristungsdauern von fast 5 Jahren (57,1 Monate). Dieser Wert ist seit 2004 unverändert hoch und war zwischenzeitlich noch höher.

O-Ton Jutta Krellmann, gewerkschaftspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Bundestag:

„Mit den erfahrenen Beschäftigten geht langfristig auch deren Wissen mit in Rente. Kein Wunder, dass die Arbeit im öffentlichen Dienst für junge Leute unattraktiv ist und sie nicht befristet arbeiten wollen. Gutes qualifiziertes Personal bekommt man auf Dauer nur durch gute Arbeit und gute Entlohnung. Der Staat investiert über Jahre nicht in die Beschäftigten seiner Verwaltung, stopft reflexartig Löcher und macht sich so auf Dauer überflüssig. Der Ausverkauf hat begonnen, die Verwaltung soll genauso privatisiert werden, wie die öffentliche Daseinsvorsorge. Das ist Outsourcing öffentlicher Aufgaben nach neoliberaler Blaupause; ergo staatlich organisiertes Management by Chaos. Und dieses Chaos erleben wir derzeit in der ganzen Republik in Echtzeit."

Ergebnisse im Einzelnen:

- 2014 waren **5,45 Millionen** Menschen **im öffentlichen Dienst beschäftigt**, davon **545.000 befristet**. Dies entspricht einer Quote von **10 Prozent** (Mikrozensus) [siehe Anlage 2]
- Die **Hälfte (49,9 Prozent) der befristet Beschäftigten** im öffentlichen Dienst 2014 war **25 bis 34** Jahre alt, **über ein Zehntel (11,3 Prozent)** unter 25 Jahre: 272.000 von 545.000 befristet

Beschäftigten im Alter von 25 bis 34 Jahre; 62.000 im Alter unter 25 Jahre (Mikrozensus) [siehe Anlage 2]

- Der **Anteil von befristeten Neueinstellungen an allen Neueinstellungen** lag 2014 mit **48,6 Prozent** um 17,6 Prozent höher als in der Privatwirtschaft (31 Prozent) (Mikrozensus) [siehe Anlage 3]
- Seit 2004 hat sich der **Anteil von sachgrundlosen Befristungen an allen Befristungen** im öffentlichen Dienst verdoppelt. 2004 lag er bei 17,5 Prozent. 2013 lag er bei 35,7 Prozent (IAB Betriebspanel) [Frage 7, siehe Verweis auf IAB Forschungsbericht 12/2015, Tabelle 42 S. 100]
- In **absoluten Zahlen** kam es seit 2004 zu einer **Verdreifachung von sachgrundlosen Befristungen** im öffentlichen Dienst: Von 46.000 auf 150.000 (IAB Betriebspanel)
- die **fünf häufigsten sachlichen Gründe** für eine Befristung sind: Vorübergehender Arbeitskräftebedarf, im Anschluss an Ausbildung/ Studium, Vertretung, Befristung zur Erprobung und in der Person des Arbeitnehmer liegende Gründe
- Im öffentlichen Dienst gibt es eine weitaus geringere **Übernahmequote** als in der Privatwirtschaft: Lag sie 2009 in beiden Bereichen um 32 Prozent, so ist sie im öffentlichen Dienst nahezu gleich geblieben, während in der Privatwirtschaft der Anteil der Übernahmen um 9 Prozent anstieg. Auch im Dritten Sektor stieg der Anteil an Übernahmen um 8,5 Prozent [Frage 9, Tabelle 37, IAB Forschungsbericht 12/2015, Tabelle 37 S. 96]
- Als Konsequenz aus den geringen Übernahmen hat der der öffentliche Dienst eine hohe **Verlängerungsquote**. Fast jede und jeder vierte erhält nur einen erneuten befristeten Vertrag (38,3 Prozent) [Frage 9, IAB Forschungsbericht 12/2015, Tabelle 37 S. 96]
- Im öffentlichen Dienst liegt die Quote der **Personalabgänge** mit 29,7 Prozent höher als in der Privatwirtschaft (26 Prozent) [Frage 9, IAB Forschungsbericht 12/2015, Tabelle 37 S. 96]
- Im öffentlichen Dienst sind Beschäftigte **immer länger befristet angestellt**: Von durchschnittlich 34,4 Monaten in 2004 auf 38,2 Monate in 2014. Die durchschnittliche Beschäftigungsdauer in der Privatwirtschaft liegt somit 1,5 Jahre unter der im öffentlichen Dienst (Mikrozensus) [Frage 12, Anlage 4]
- Während es in der Privatwirtschaft zwischen Männern und Frauen nur einen geringen Unterschied gibt (22,4 zu 19,4 Monaten), so haben **Männer im öffentlichen Dienst eine um 14,5 Monate längere Befristungsdauer als Frauen (46,1 zu 31,6 Monate)** (Mikrozensus) [Frage 12, Anlage 4]
- Bei den **unter 25-Jährigen** im öffentlichen Dienst hat sich die durchschnittliche **Befristungsdauer** von 2004 zu 2014 um **3,8 Monate** verlängert von 20,3 auf **24,1 Monate**. Dies ist fast doppelt so lang, wie in der Privatwirtschaft (13,1 Monate) [Frage 12, Anlage 4]
- Bei den **25- bis 34-Jährigen** hat sich die **Befristungsdauer** im öffentlichen Dienst in der Zeit von 2004 zu 2014 von 31,1 **auf 35 Monate erhöht**. Damit sind diese Beschäftigten im öffentlichen Dienst fast **drei Jahre** im Durchschnitt befristet und liegen damit **fast 2 Jahre** über der Befristungsdauer in der Privatwirtschaft. In der Privatwirtschaft hat die Befristungsdauer von 2004 zu 2014 um 2 Monate auf 16 Monate zugenommen (Mikrozensus) [Frage 12, Anlage 4]
- Beschäftigte im öffentlichen Dienst, die **45 Jahre oder älter** sind, haben die längsten **Befristungsdauern von fast 5 Jahren (57,1 Monate)**. Dieser Wert ist seit 2004 unverändert hoch und lag zwischenzeitlich sogar höher (Mikrozensus) [Frage 12, Anlage 4]
- Zum **Durchschnittslohn** von befristet Beschäftigten, kann die Bundesregierungen keine belastbaren Aussagen treffen [Frage 15, Seite 16]
- Im Jahr 2020 werden 17,8 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in **Rente** gehen. In 2030 werden es bereits 48,7 Prozent sein (Personalstandstatistik des Statistischen Bundesamtes) [siehe S. 17 Frage 17 und Verweis auf Drucksache 18/780 Seite 8)
- Im Bereich der unmittelbaren Bundesverwaltung wird es 2016 voraussichtlich 10.300 **Neueinstellungen** geben, davon ca. 3.960 befristet (38,45 Prozent) [Frage 4]